

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2012)
Heft: 2

Artikel: "Die Schweiz muss nach aussen geschlossen auftreten"
Autor: Leuthard, Werner / Buchs, Matthieu
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-639009>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Die Schweiz muss nach aussen geschlossen auftreten»

INTERNET

Internationale Energieagentur (IEA):
www.iea.org

Internationale Atomenergieagentur (IAEA):
www.iaea.org

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD):
www.oecd.org

Mission der Schweiz bei der Europäischen Union:
www.eda.admin.ch

Abteilung Energie des Kantons Aargau:
www.ag.ch/fachstelle_energie

Konferenz kantonalen Energiedirektoren:
www.endk.ch

Der Leiter der Abteilung Energie des Kantons Aargau, Werner Leuthard, hat ein von seinem Arbeitgeber angebotenes Sabbatical genutzt, um sein Wissen im Bereich internationale Energiepolitik zu vertiefen. Auf Anfrage der energieia-Redaktion zieht er Bilanz über seine Besuche im Ausland und analysiert die Beziehung zwischen Bund und Kantonen vor dem Hintergrund seiner neuen Erfahrungen.

Herr Leuthard, was hat Sie als Leiter einer kantonalen Abteilung Energie dazu bewogen, ein Sabbatical beim Bundesamt für Energie zu absolvieren?

Ich wollte die Hintergründe der Entscheidungen der Energiepolitik auf internationaler Ebene besser verstehen. Ich erhielt dank dem

der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) zu verfolgen. Anschliessend war die Mission der Schweiz in Brüssel an der Reihe, wo das Dossier der Verhandlungen mit der Europäischen Union im Bereich Energie auf der Tagesordnung stand. Zum Schluss nahm ich in Rom an einem bilateralen

«MIR IST DIE VERBINDUNG ZWISCHEN DER ENERGIEPOLITIK DER SCHWEIZ UND INTERNATIONALEN ENTSCHEIDUNGEN KLARER GEWORDEN.»

Bundesamt für Energie und seinem Direktor Walter Steinmann die Chance, während fünf hochspannenden Wochen mit internationalen Organisationen in Paris, Wien, Dublin, Brüssel und Rom in Kontakt zu kommen. Im Rahmen des Programmes «Move» bietet mein Arbeitgeber, der Kanton Aargau, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, ein Sabbatical zu nehmen.

Können Sie uns ein bisschen mehr über den Ablauf der fünf Wochen erzählen?

Ich habe zuerst eine Woche am Sitz der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris verbracht. Von dort reiste ich nach Wien zur Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) und weiter nach Dublin, um an einer vertieften Analyse der Energiepolitik des Landes durch die IEA teilzunehmen. Als dieses Projekt abgeschlossen war, kehrte ich nach Paris zurück, um eine Sitzung

Treffen zwischen der Schweiz und Italien zum Thema Energie teil.

Was konkret haben Sie während dieser Aufenthalte gelernt bzw. nicht schon vorher gewusst?

Mir ist die Verbindung zwischen der Energiepolitik der Schweiz und internationalen Entscheidungen klarer geworden. Ich denke, diese Zusammenhänge müssten den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes noch besser erklärt werden. Internationale Zusammenarbeit ist nur möglich und kann nur erfolgreich sein, wenn sich die Staaten für ein gemeinsames Vorgehen verpflichten. Die vertiefte Untersuchung der Energiepolitik Irlands durch die IEA war ebenfalls sehr lehrreich. Ich habe feststellen können, dass andere Länder dieselben Probleme haben wie wir. Zur Erfüllung der CO₂-Vorgaben der EU hat sich Irland ehrgeizige Reduktionsziele in der Mobilität gesetzt. Mit einer hohen Abgabe für Fahr-

zeuge mit einem hohen Verbrauch konnte erreicht werden, dass die neu zugelassenen Fahrzeuge wesentlich effizienter sind als früher. Mit einer griffigen Ökosteuer konnte das Kaufverhalten also tatsächlich beeinflusst werden. Mich hat auch überrascht, dass die Widerstände gegen den Bau von Infrastrukturanlagen nicht nur in der Schweiz gross sind, sondern in praktisch allen Ländern.

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund im Energiebereich?

Die Kantone und der Bund haben grundsätzlich die gleichen Ziele. Die Zusammenarbeit findet auf verschiedenen Ebenen statt. Vieles läuft gut. Vor allem auf der Ebene der Mitarbeitenden sind gute Kontakte vorhanden. Wir arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen erfolgreich zusammen. Es gibt aber auch immer wieder Probleme. So fühlen sich die Kantone bei Vernehmlassungen nicht immer als Partner, sondern als eine Stimme unter

«DIE KANTONE SIND FÜR DEN GEBÄUBEBEREICH ZUSTÄNDIG UND ICH GLAUBE NICHT, DASS WIR WEITER WÄREN, WENN DIE KOMPETENZEN GANZ BEIM BUND LIEGEN WÜRDEN.»

vielen wahrgenommen, obwohl es um Themen geht, welche die Kantone betreffen.

In der Energiepolitik sind die Kompetenzen in der Schweiz auf Bund, Kantone und Unternehmen aus dem Energiesektor verteilt. Bedarf es aus Ihrer Sicht einer Vereinfachung dieses Systems?

Diese Frage habe ich mir während meiner Auslandsaufenthalte im Rahmen des Sabbaticals mehrmals gestellt. Die Schweiz ist ein föderales System und das gilt auch für die Energiepolitik. Die Kantone sind für den Gebäudebereich zuständig und ich glaube nicht, dass wir weiter wären, wenn die Kompetenzen ganz beim Bund liegen würden. Vieles, was in einzelnen Kantonen erprobt worden ist, wird von den übrigen Kantonen aufgenommen, teilweise auch vom Bund. Minergie oder das Grossverbrauchermodell beispielsweise sind in Kantonen entwickelt und erprobt worden.

Eine Stärke der Energiepolitik liegt in der Umsetzung, im Vollzug. Hier leisten die Kantone und die Gemeinden eine wichtige Arbeit. Das heutige System ist gewachsen. So hat auch eine Studie des BFE gezeigt, dass die entscheidende Frage nicht zentral oder dezentral ist, sondern die Qualität der Umsetzung an der Front.

Die Schweiz und die EU verhandeln seit vielen Jahren über ein bilaterales Abkommen im Elektrizitätsbereich. Die Energiepolitik wird

immer internationaler. Haben die Kantone immer noch etwas zu sagen?

Ein grosser Teil der Stromversorgung gehört der öffentlichen Hand, insbesondere auch den Kantonen. Sie haben über 100 Jahre für eine sichere Stromversorgung gesorgt. Der Bund sollte die Branche wie auch die Besitzer einbeziehen. Wichtig ist vor allem, dass die Schweiz nach aussen geschlossen auftritt und nicht einzelne Interessenvertreter selber in Verhandlungen eintreten. Die anstehenden Fragen sind aber sehr komplex. Die Energiedirektorenkonferenz ist in die Verhandlungen mit der EU eingebunden.

Hinter zahlreichen innovativen Projekten stehen hingegen Privatpersonen oder Gemeinden. Worin besteht hier die Rolle der Kantone?

Sie beziehen sich auf die freiwilligen Massnahmen, die ein sehr wichtiges Element unserer Energiepolitik sind. Ausserhalb des rechtlichen Rahmens ist es entscheidend, dass es persönliche Initiativen gibt, die uns

helfen, die Energiewende umzusetzen. Die Kantone sind auf dieser Ebene ebenfalls seit langem aktiv. Sie unterstützen zahlreiche private Initiativen durch finanzielle Mittel oder Kommunikationsmassnahmen. Sie informieren Privatpersonen und Gemeinden auch über die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Schliesslich setzen sie auch selber Projekte um.

Gibt es zwischen den Kantonen im Energiesektor eine Rivalität – so wie im Wirtschaftssektor?

Nein. Im Energiesektor dominiert die Zusammenarbeit. Diese hat bereits zu den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) geführt, die einen hohen Harmonisierungsgrad in wichtigen Bereichen ermöglichen. Auch das nationale Gebäudesanierungsprogramm wird vom Bund und der Gesamtheit der Kantone getragen. Ein weiteres Beispiel ist das harmonisierte Fördermodell der Kantone (HFM), das den Kantonen einen gewissen Spielraum lässt, indem es deren finanzielle Ressourcen und Prioritäten berücksichtigt.

Drei der fünf Schweizer Kernkraftwerke befinden sich im Kanton Aargau. Was bedeutet die neue Energiepolitik des Bundes für Ihren Kanton?

Nach den tragischen Ereignissen von Fukushima war es klar, dass neue Kernkraftwerke in der Schweiz nicht mehr rechtzeitig für den Ersatz der alten Kraftwerke gebaut werden

können – selbst wenn die politische Akzeptanz vorhanden gewesen wäre. Unsere Aufgabe ist es, die Energieversorgung auf der Basis von Technologien sicherzustellen, die rechtzeitig zur Verfügung stehen und politisch akzeptiert sind. Diese Aufgabe wird uns langé Zeit in Anspruch nehmen und viele Ressourcen binden. Deshalb setzt sich die Aargauer Regierung dafür ein, dass die bestehenden Kraftwerke so lange betrieben werden können, wie dies sicher möglich ist. Dadurch steht etwas mehr Zeit zur Verfügung, die Versorgungssicherheit langfristig zu sichern. Parallel dazu ist auf Initiative des Kantons Aargau der «Energie Dialog Schweiz» gegründet worden. Mit dieser Plattform wollen Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft eine langfristig ausgerichtete, nachhaltige Energiepolitik entwickeln, die mit innovativen Lösungen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft und damit zur Sicherung der Lebensqualität beiträgt.

Interview: Matthieu Buchs



Profil

Werner Leuthard ist 1956 in Merenschwand (AG) geboren und studierte Physik an der ETH Zürich. An der Heriot-Watt University in Edinburgh hat er ein MBA abgeschlossen. Seit dem 1. März 2002 ist er Leiter der Abteilung Energie im Bau-, Verkehrs und Umweltsdepartement des Kantons Aargau. Davor besetzte er verschiedene Funktionen in der Energiebranche. Insbesondere arbeitete er im Bereich Energiewirtschaft für die Axpo.